

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

3.8.1923 (No. 176)

Badischer Beobachter

Anzeigebureau: 1 Blatt, 1 mm hoch, 2500.- M., im Resten 700.- M. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholungen Rabatt, der bei gleichzeitiger Bestellung und bei Kontantzahlung.

Verleger: Redaktion 572.

Verlagspreis (Freiabend) vom 1.-15.: In Karlsruhe durch Verlag v. 40000 (h. d. Adholfstr. in Karlsruhe Nr. 37000) auswärts (Deutschland) d. die Post 40000.; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkauf ist jeder Ausgabe betragen 3000.-

Kontingentspreis: Reichsliste 535.

Verlegerin und Verlagsbesitzerin: M. Sel. „Badenia“ (Karlheim Jöhner, Direktor), Notationsdruck der „Badenia“ M. Sel. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Druckadresse: Beobachter, Pöhlchen-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Freitag einmal täglich. — Beilagen: „Walter für den Familienkreis“ und „Frauenrundschau“. — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorkriegs- oder Nachkriegs-Verpflichtung. — Inhalt der Anzeigen — Annahme: 00000000 00000000

Hauptverleger: J. H. Mayer. Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: J. B. G. Zimmermann; für das Feuilleton: H. W. K. für die Anzeigen: J. W. K.; sämtlich in Karlsruhe.

Vom Tage.

Salvator und Lord Curzon gaben gestern im englischen Parlament die mit Spannung erwarteten Erklärungen ab, aus denen zu entnehmen ist, daß England die Antwort Belgiens und Frankreichs nicht für eine Grundlage zu einer gemeinsamen Antwort an Deutschland hält.

In Paris betrachtet man die Neueinstellung der englischen Politik als einen unverständlichen Irrtum. Poincaré hat als Antwort auf die englische Parlamentsklärung gestern die französische Note veröffentlicht.

In Freiburg im Breisgau findet vom 4. bis 10. ds. Mts. ein internationaler Friedenskongress statt; die Initiative dazu geht von dem Franzosen Marc Sangnier aus.

Die Reichsbank hat den Diskontsatz auf 30 und den Lombardsatz auf 31 Prozent erhöht. Zentrum und Sozialdemokratie hielten gestern im Reichstag Fraktionsberatungen ab.

Im Verabau sind die Lohnverhandlungen mit einer Erhöhung um 110 Prozent im besten und 39 Prozent für die übrigen Gebiete beendet worden. Gleichzeitige sind die Kohlenpreise durchschnittlich um 125-145 Prozent erhöht worden.

Die Lage in Duisburg nimmt unter den Lebensmittelpreissteigerungen der Franzosen u. dem Einfluß des kommunistischen Terrors einen bedrohlichen Charakter an.

Die französische Flugkontrolle in Danemark und Westfalen steht mit dem heutigen Tage ein. Die Schweiz hat bei der Morabank in Newyork eine 20 Millionen Dollarleihe aufgelegt.

Die politische Orientierung der Ostseemächte.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: In Göteborgs Handelskammer fand sich vor einigen Tagen ein Artikel über die „Eine spätere Sorge“, der bemerkenswerte Auslassungen über die politische Lage an der Ostsee enthält und der auch in Deutschland Interesse finden dürfte. Es heißt da:

Es ist offenbar, daß die französisch-englischen Gegenstände im Begriff sind, von der Stufe der Meinungsverschiedenheiten auf die des politischen Handelns hinüberzugehen. Ebenso augenscheinlich ist es, daß damit ein neuer Abschnitt in der europäischen Politik eingeleitet wird. Schließlich liegt es auf der Hand, daß die Wirkungen dieser sich vorbereitenden Veränderung in der Lage sich auch für uns, und nicht zum wenigsten für unsere Ostseepolitik, fühlbar machen werden.

Die Ausrichtung Russlands und Deutschlands als Großmächte hat die Ostsee nicht zu einem herrenlosen Bereich umgewandelt. Die Lage nach den früheren gegenseitig rivalisierenden Mächten der Ostsee und Frankreich ausgefüllt worden, England hat in Danzig Fuß gefaßt und Frankreich hat seine Einflüsse in Polen. Dies ist offiziell gesehen keine fremde Anordnung, keine Drohung überhaupt nicht. Die Erhaltung des Friedens, das allgemeine Interesse an der Erhaltung des Friedens in Europa hat die alliierten Mächte veranlaßt, gewisse Dispositionen zu treffen, und das ist alles.

Sollte infolgedessen ein friedensförderndes Moment eintreten, so werden sich die leuchtigen Spinnweben der getrockneten Dispositionen zweifellos in gesamtliche und harte Stahlstränge verwandeln. Die Regierungen der beiden Länder sind sich wahrhaftig nicht im Unklaren darüber, was die getroffenen Anordnungen zur Verfestigung des Friedens tatsächlich bedeuten. Da es nicht geraten erscheint, in der Politik Blindheit zu spielen, läßt man hier oben gut, um die Spinnweben auch einmal näher anzusehen, die da unten in einer Ecke der Ostsee hängen.

Der Verfasser meint weiter, wenn die Ostsee England und Frankreich weiter wachse, so werde Schweden zwar nicht eine Parteinehmer für eine der beiden Mächte aufzufangen, aber eine Art Orientierung nach der einen oder anderen Seite könne unvermeidbar werden. „Was Schweden angeht“, sagt er, „so ist seine Annäherung an Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen sowohl wie aus politischen ausgeschlossen. Bei aller Bewunderung der französischen Kultur und Anerkennung unserer Dankbarkeitschuld ihr gegenüber können wir uns unmöglich für eine Staatskunst hergeben, die auf die Vernichtung Mitteleuropas ausgeht, noch irgend welche Sympathie dafür empfinden. Dieser Punkt ist, was Schweden betrifft, völlig entscheidend. Auch wirtschaftlich bedeutet England weit mehr für uns als Frankreich.“

Finnland befindet sich in der gleichen Lage wie Schweden. Würde es vor die Wahl gestellt, so dürften seine wirtschaftlichen und politischen Interessen zugunsten Englands entscheiden. Die Verbindungen mit Polen verlieren also ihren Wert für Finnland. „Ein Bund mit Polen schließt schließlich verschleierte französische Abhängigkeit, französische Beschützung und französisches Schutzzugertum in sich ein.“ Bei der gegenwärtigen Konstellation bedeutet dies eine Entfernung von England, in welcher Richtung wohl kein finnischer Staatsmann arbeiten wolle. „Die Völker, die sich in gleicher Richtung orientieren, müssen sich einander nähern. Der Verkauf der politischen Ereignisse selbst treibt Schweden und Finnland in die gleiche Strombahn.“

Der dritte im Bunde werde Dänemark sein. Eine

anti-englische und anti-deutsche Politik würde für Dänemark der reine Wahnsinn sein.

Der Autor ist der Ansicht, daß eine Zusammenarbeit von Schweden, Finnland und Dänemark ihrer Stellungnahme ein ganz anderes Gewicht verleihen würde, als wenn jeder für sich aufstehe. Und früher oder später müßten sie Stellung nehmen. Dabei sei aber jede Uebereilung zu vermeiden. Der Anschluß an eine der beiden Seiten eile für Schweden nicht so, daß es nicht vorher mit den genannten Nachbarländern Fühlung nehmen könnte. Diese „Eile mit Weile“ müsse mehr betont werden, weil manche Kreise zu eilig zu sein schienen. Schweden müsse zunächst mit Kopenhagen und Helsingfors verhandeln. London sei vorläufig noch eine cura postera.

Im Zusammenhang mit dieser Zeitungsschritte ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Verlobung des Kronprinzen von Schweden mit der englischen Prinzessin Luise von Vottenberg in Stockholm allgemein mit großer Befriedigung begrüßt zu werden scheint. Diese Befriedigung wird wohl dadurch hervorgerufen, daß ein weiterer verbindender Faden nach England unter den heutigen politischen Verhältnissen in mancherlei Hinsicht als angenehm und zweckmäßig empfunden wird.

Es mag nicht ganz unwichtig sein, daß bei der Besprechung dieser Verlobung die englische Presse gerade auf die Ostseefrage angelegt hat, und die schwedische Presse sich dazu durchaus freundlich und zustimmend äußert. Das zeigt wieder einmal, daß die Feindschaft von Rußland und Finnland aufgeworfene Frage der Neutralisierung der Ostsee bezw. ihrer Verwandelung in ein mare clausum in Schweden keine Gegenliebe findet, daß vielmehr die englische Tendenz des freien Zugangs zu den baltischen Gewässern mehr als im schwedischen Interesse liegend empfunden wird.

Die englische Regierungserklärung.

London, 2. Aug. Die mit großer Spannung erwartete ministerielle Erklärung zwischen England und den Verbündeten Regierungen der Reparations- und Ruhrfrage wurde heute mittags im Parlament abgegeben. Wie bei früheren Gelegenheiten haben Baldwin im Unterhaus und Lord Curzon im Oberhaus identische Erklärungen abgegeben. Diese Erklärung lautet folgendermaßen:

Am 7. Juni ds. J. fand die deutsche Regierung als Antwort auf die von den Alliierten auf ihre Note vom 2. Mai eingetragenen Erwiderungen ein weiteres Memorandum an die alliierten Regierungen, in dem sie neue Vorschläge in der Reparations- und Ruhrfrage unterbreitete. Zwischen den alliierten Regierungen hat daraufhin ein Meinungs- und Austausch zur Aufklärung und Feststellung ihrer Forderungen in dieser Frage stattgefunden und insbesondere führten die französischen und belgische Regierungen einen gesonderten Austausch mit der englischen Regierung. Einen Monat später, am 12. Juli wurden im Parlament Erklärungen über die von der englischen Regierung eingenommene Haltung abgegeben und es wurde darin die dringende Notwendigkeit betont, eine Aktion zur Wendung der Situation

zu unternehmen, die eine Gefahr sowohl für den europäischen Frieden, wie für alle an diesen Fragen interessierten Parteien bedeute. Gewisse Vorschläge wurden daraufhin von der englischen Regierung als Grundlage für eine beratige Aktion anerkannt und die Erklärung schloß damit, daß sofortige Schritte bei den alliierten Regierungen unternommen werden müßten. Die englische Regierung war der Ansicht, daß die in dem deutschen Memorandum enthaltenen Vorschläge einer Prüfung und Erwiderung würdig seien und daß diese Erwiderung zunächst eine gemeinschaftliche der Alliierten sein müsse. Da die französische und belgische Regierung sich aber nicht geneigt zeigten, die Initiative zu einer derartigen Antwort zu ergreifen, erklärte die englische Regierung, sie wolle selbst die Verantwortung dafür übernehmen und einen Antwortentwurf den Verbündeten zur Prüfung übermitteln.

Die englische Regierung hat nunmehr einen derartigen Entwurf hergestellt und ihn am 20. Juli mit einer Anteilnote an die Regierungen von Frankreich, Italien, Belgien und Japan überreicht. In diesem Entwurf machte sich die englische Regierung verschiedene der von Deutschland in seinem Memorandum aufgestellten Vorschläge zu eigen. Unter anderem bekannte sie sich zur deutschen Auffassung, daß, ohne daß dadurch irgendwelche der Friedensverträge verletzt werden könne, die deutsche Zahlungsfähigkeit von einem unparteiischen Sachverständigenengremium in Zusammenarbeit mit der Reparationskommission festgelegt werden müsse. Was die Frage der von Deutschland angebotenen Garantien betrifft, so drückte die englische Regierung ihre Meinung dahingehend aus, daß der ökonomische Wert dieser Garantien von solchen Faktoren abhängig gemacht werden müsse, wie sie das deutsche Memorandum nicht erwähnt, als da sind Stabilität der Mark und Ausbalancie-

Die Unterhausdebatte.

London, 2. Aug. In der heutigen Debatte im Unterhaus sprach außer Ministerpräsident Baldwin, die Parlamentsmitglieder Macdonald, Lloyd George und Asquith.

Nach der Erklärung Baldwin's ergriff der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne das Wort und erklärte, Deutschland habe sich seit dem Waffenstillstand auf Kosten der Alliierten wieder herausgemacht. Deutschland habe stets eine Politik getrieben, die auf Umgehung seiner Verpflichtungen hinzielte. Deutschland habe seine gesamten industriellen Betriebe reorganisiert. Wenn man die Reparationsverpflichtungen plötzlich auslöse, werde sich Deutschland wieder den Weltmarkt erobern und zwar mit noch größerer Aussicht, als dies vor dem Kriege bereits der Fall gewesen sei. Er

hoffe, daß die englische Regierung sich in ihrer Haltung ganz besonders von der Betrachtung jener Wirkung leiten lassen werde, die auf die Arbeitslage Englands ausgeübt werden müssen, wenn man Deutschlands Verpflichtungen zu sehr erleichtern werde. (1)

Erklärungen Baldwin's.

Ministerpräsident Baldwin ergriff in der Debatte das Wort und wies dabei alle Äußerungen, den Notenwechsel mit Frankreich sofort zu veröffentlichen, kurzerhand ab. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher beobachteten Passivität bedeute ein Unglück für die Zukunft und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei Unfug, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch- oder deutschfreundlicher seien: Die englischen Staatsmänner handelten für Englands Interesse, für sonst nichts. Die Regierung habe endgültig die Hoffnung aufgegeben müssen, mit ihren Verbündeten gemeinsam eine Antwort an Deutschland zu senden. Auf die von anderer Seite geäußerte Befürchtung eingehend, daß Deutschland sich bald wieder der Weltmarkt erobern werde, erklärte Baldwin, er sei der Ansicht, daß die englische Regierung hoffe, daß im Gegenteil Rußland bald wieder in die Reihe der bedeutenden internationalen Märkte eintreten werde. In diesen Falle werde auch Deutschland wieder neuen Absatz finden und den Ueberfluß seiner Produktion den westlichen Märkten zur Verfügung stellen. Baldwin schloß, in England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon. Im Gegenteil glaube man, daß dadurch die Bünden Europas nur schwächer würden.

Empörung in London.

London, 3. August. Die zeitigen Erklärungen der Regierung im Parlament haben überall tiefen Eindruck gemacht. In den Wandelhallen des Unterhauses wurde aus der Stimmung über die Lage kein Geßl gemacht, insbesondere ist man über die Art und Weise empört, in der die französische und belgische Regierung die englischen Antwortentwürfe behandelt haben.

Die Berliner Presse zur englischen Regierungserklärung.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse äußert sich zu den englischen Erklärungen im Unterhaus eingehend. Die Deutsche Allgem. Zeitung misstraut den Vorschlägen und meint, daß man in ganz Deutschland die Aufforderung zur Kapitulation nicht begehren werde. — Der Sozialdemokrat, in Deutschland müsse man es als ein großes Glück betrachten, daß Poincaré den englischen Antwortentwurf für unannehmbar erklärt, denn wenn er von den Verbündeten angenommen und abgelehnt worden wäre, so würde er den von England beabsichtigten Zweck, eine friedliche Lösung der Ruhrfrage zu finden, nicht erreicht haben. — Dem Vorwärts scheint es, als wäre die gestrige Sitzung des Unterhauses nur ein Vorspiel zu weiteren wichtigen Ereignissen gewesen. — Die Kreuzzeitung ist bitter enttäuscht. Der englische Antwortentwurf komme, ohne Rücksicht auf die deutschen Interessen Frankreichs weit an die Grenze der Möglichkeit entgegen. — Westfälische Zeitung: Die deutsche Politik wird sich wohl über läßt mit der Tatsache abfinden müssen, daß England die Zeit für gekommen erachtet, bei der Lösung des Konflikts die deutschen Interessen im wesentlichen unberücksichtigt zu lassen. Umso dringender ist die Notwendigkeit, auch nach außen eine größere Aktivität zu entfalten. — Berliner Tageblatt: Wie diesen uns allerdings keiner Täuschung hingeben, daß gerade das, was gestern im Unterhaus bekannt geworden ist, uns nicht zu Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Verhandlungen berechtigt. — Die Deutsche Tageszeitung schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: Die Welt soll von dem Ernst der Lage und der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion überzeugt werden. Also die Empfehlung einer neuen Konferenz von Genoa! Deutscher konnte die Stillhalte der englischen Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Die französische Note veröffentlicht.

Paris, 3. August. Poincaré hat gestern als Antwort auf die englischen Parlamentsklärungen die französische Note veröffentlicht, die am Montag dem englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit dem englischen Kabinett die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen. Doch ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich seit sechs Monaten der Ausführung des Versailles Vertrags widersteht, zu beenden. Die französische Regierung habe nach besten Kräften auf die verschiedenen Fragen, die ihr das englische Kabinett stellte, geantwortet. Wenn dieses weitere Fragen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Noch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der von dem Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen, nachdem sie vier Jahre lang wartete und Versuche aller Art unternahm, wirkungslos. Ultimaten stellte, sowie in eine Konferenz einwilligte, die die britische Regierung vorschlug, deren Beschlüsse noch nicht verwirklicht wären und schließlich Deutschland wiederholt Moratoria gewährt hätten.

Was den passiven Widerstand anlangt, so werde Frankreich, wenn Deutschland ihn nicht unmittelbar einstelle, an der Ruhrbesetzung verschiedene Maßnahmen vornehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Ingenieure, sowie der Wahrung des Lebens in Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wolle die französische Re-

Die Unterhausdebatte.

London, 2. Aug. In der heutigen Debatte im Unterhaus sprach außer Ministerpräsident Baldwin, die Parlamentsmitglieder Macdonald, Lloyd George und Asquith.

Nach der Erklärung Baldwin's ergriff der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne das Wort und erklärte, Deutschland habe sich seit dem Waffenstillstand auf Kosten der Alliierten wieder herausgemacht. Deutschland habe stets eine Politik getrieben, die auf Umgehung seiner Verpflichtungen hinzielte. Deutschland habe seine gesamten industriellen Betriebe reorganisiert. Wenn man die Reparationsverpflichtungen plötzlich auslöse, werde sich Deutschland wieder den Weltmarkt erobern und zwar mit noch größerer Aussicht, als dies vor dem Kriege bereits der Fall gewesen sei. Er

hoffe, daß die englische Regierung sich in ihrer Haltung ganz besonders von der Betrachtung jener Wirkung leiten lassen werde, die auf die Arbeitslage Englands ausgeübt werden müssen, wenn man Deutschlands Verpflichtungen zu sehr erleichtern werde. (1)

Erklärungen Baldwin's.

Ministerpräsident Baldwin ergriff in der Debatte das Wort und wies dabei alle Äußerungen, den Notenwechsel mit Frankreich sofort zu veröffentlichen, kurzerhand ab. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher beobachteten Passivität bedeute ein Unglück für die Zukunft und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei Unfug, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch- oder deutschfreundlicher seien: Die englischen Staatsmänner handelten für Englands Interesse, für sonst nichts. Die Regierung habe endgültig die Hoffnung aufgegeben müssen, mit ihren Verbündeten gemeinsam eine Antwort an Deutschland zu senden. Auf die von anderer Seite geäußerte Befürchtung eingehend, daß Deutschland sich bald wieder der Weltmarkt erobern werde, erklärte Baldwin, er sei der Ansicht, daß die englische Regierung hoffe, daß im Gegenteil Rußland bald wieder in die Reihe der bedeutenden internationalen Märkte eintreten werde. In diesen Falle werde auch Deutschland wieder neuen Absatz finden und den Ueberfluß seiner Produktion den westlichen Märkten zur Verfügung stellen. Baldwin schloß, in England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon. Im Gegenteil glaube man, daß dadurch die Bünden Europas nur schwächer würden.

Empörung in London.

London, 3. August. Die zeitigen Erklärungen der Regierung im Parlament haben überall tiefen Eindruck gemacht. In den Wandelhallen des Unterhauses wurde aus der Stimmung über die Lage kein Geßl gemacht, insbesondere ist man über die Art und Weise empört, in der die französische und belgische Regierung die englischen Antwortentwürfe behandelt haben.

Die Berliner Presse zur englischen Regierungserklärung.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse äußert sich zu den englischen Erklärungen im Unterhaus eingehend. Die Deutsche Allgem. Zeitung misstraut den Vorschlägen und meint, daß man in ganz Deutschland die Aufforderung zur Kapitulation nicht begehren werde. — Der Sozialdemokrat, in Deutschland müsse man es als ein großes Glück betrachten, daß Poincaré den englischen Antwortentwurf für unannehmbar erklärt, denn wenn er von den Verbündeten angenommen und abgelehnt worden wäre, so würde er den von England beabsichtigten Zweck, eine friedliche Lösung der Ruhrfrage zu finden, nicht erreicht haben. — Dem Vorwärts scheint es, als wäre die gestrige Sitzung des Unterhauses nur ein Vorspiel zu weiteren wichtigen Ereignissen gewesen. — Die Kreuzzeitung ist bitter enttäuscht. Der englische Antwortentwurf komme, ohne Rücksicht auf die deutschen Interessen Frankreichs weit an die Grenze der Möglichkeit entgegen. — Westfälische Zeitung: Die deutsche Politik wird sich wohl über läßt mit der Tatsache abfinden müssen, daß England die Zeit für gekommen erachtet, bei der Lösung des Konflikts die deutschen Interessen im wesentlichen unberücksichtigt zu lassen. Umso dringender ist die Notwendigkeit, auch nach außen eine größere Aktivität zu entfalten. — Berliner Tageblatt: Wie diesen uns allerdings keiner Täuschung hingeben, daß gerade das, was gestern im Unterhaus bekannt geworden ist, uns nicht zu Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Verhandlungen berechtigt. — Die Deutsche Tageszeitung schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: Die Welt soll von dem Ernst der Lage und der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion überzeugt werden. Also die Empfehlung einer neuen Konferenz von Genoa! Deutscher konnte die Stillhalte der englischen Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Die französische Note veröffentlicht.

Paris, 3. August. Poincaré hat gestern als Antwort auf die englischen Parlamentsklärungen die französische Note veröffentlicht, die am Montag dem englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit dem englischen Kabinett die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen. Doch ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich seit sechs Monaten der Ausführung des Versailles Vertrags widersteht, zu beenden. Die französische Regierung habe nach besten Kräften auf die verschiedenen Fragen, die ihr das englische Kabinett stellte, geantwortet. Wenn dieses weitere Fragen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Noch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der von dem Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen, nachdem sie vier Jahre lang wartete und Versuche aller Art unternahm, wirkungslos. Ultimaten stellte, sowie in eine Konferenz einwilligte, die die britische Regierung vorschlug, deren Beschlüsse noch nicht verwirklicht wären und schließlich Deutschland wiederholt Moratoria gewährt hätten.

Was den passiven Widerstand anlangt, so werde Frankreich, wenn Deutschland ihn nicht unmittelbar einstelle, an der Ruhrbesetzung verschiedene Maßnahmen vornehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Ingenieure, sowie der Wahrung des Lebens in Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wolle die französische Re-

Die Unterhausdebatte.

London, 2. Aug. In der heutigen Debatte im Unterhaus sprach außer Ministerpräsident Baldwin, die Parlamentsmitglieder Macdonald, Lloyd George und Asquith.

Nach der Erklärung Baldwin's ergriff der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne das Wort und erklärte, Deutschland habe sich seit dem Waffenstillstand auf Kosten der Alliierten wieder herausgemacht. Deutschland habe stets eine Politik getrieben, die auf Umgehung seiner Verpflichtungen hinzielte. Deutschland habe seine gesamten industriellen Betriebe reorganisiert. Wenn man die Reparationsverpflichtungen plötzlich auslöse, werde sich Deutschland wieder den Weltmarkt erobern und zwar mit noch größerer Aussicht, als dies vor dem Kriege bereits der Fall gewesen sei. Er

hoffe, daß die englische Regierung sich in ihrer Haltung ganz besonders von der Betrachtung jener Wirkung leiten lassen werde, die auf die Arbeitslage Englands ausgeübt werden müssen, wenn man Deutschlands Verpflichtungen zu sehr erleichtern werde. (1)

Erklärungen Baldwin's.

Ministerpräsident Baldwin ergriff in der Debatte das Wort und wies dabei alle Äußerungen, den Notenwechsel mit Frankreich sofort zu veröffentlichen, kurzerhand ab. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher beobachteten Passivität bedeute ein Unglück für die Zukunft und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei Unfug, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch- oder deutschfreundlicher seien: Die englischen Staatsmänner handelten für Englands Interesse, für sonst nichts. Die Regierung habe endgültig die Hoffnung aufgegeben müssen, mit ihren Verbündeten gemeinsam eine Antwort an Deutschland zu senden. Auf die von anderer Seite geäußerte Befürchtung eingehend, daß Deutschland sich bald wieder der Weltmarkt erobern werde, erklärte Baldwin, er sei der Ansicht, daß die englische Regierung hoffe, daß im Gegenteil Rußland bald wieder in die Reihe der bedeutenden internationalen Märkte eintreten werde. In diesen Falle werde auch Deutschland wieder neuen Absatz finden und den Ueberfluß seiner Produktion den westlichen Märkten zur Verfügung stellen. Baldwin schloß, in England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon. Im Gegenteil glaube man, daß dadurch die Bünden Europas nur schwächer würden.

Empörung in London.

London, 3. August. Die zeitigen Erklärungen der Regierung im Parlament haben überall tiefen Eindruck gemacht. In den Wandelhallen des Unterhauses wurde aus der Stimmung über die Lage kein Geßl gemacht, insbesondere ist man über die Art und Weise empört, in der die französische und belgische Regierung die englischen Antwortentwürfe behandelt haben.

Die Berliner Presse zur englischen Regierungserklärung.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse äußert sich zu den englischen Erklärungen im Unterhaus eingehend. Die Deutsche Allgem. Zeitung misstraut den Vorschlägen und meint, daß man in ganz Deutschland die Aufforderung zur Kapitulation nicht begehren werde. — Der Sozialdemokrat, in Deutschland müsse man es als ein großes Glück betrachten, daß Poincaré den englischen Antwortentwurf für unannehmbar erklärt, denn wenn er von den Verbündeten angenommen und abgelehnt worden wäre, so würde er den von England beabsichtigten Zweck, eine friedliche Lösung der Ruhrfrage zu finden, nicht erreicht haben. — Dem Vorwärts scheint es, als wäre die gestrige Sitzung des Unterhauses nur ein Vorspiel zu weiteren wichtigen Ereignissen gewesen. — Die Kreuzzeitung ist bitter enttäuscht. Der englische Antwortentwurf komme, ohne Rücksicht auf die deutschen Interessen Frankreichs weit an die Grenze der Möglichkeit entgegen. — Westfälische Zeitung: Die deutsche Politik wird sich wohl über läßt mit der Tatsache abfinden müssen, daß England die Zeit für gekommen erachtet, bei der Lösung des Konflikts die deutschen Interessen im wesentlichen unberücksichtigt zu lassen. Umso dringender ist die Notwendigkeit, auch nach außen eine größere Aktivität zu entfalten. — Berliner Tageblatt: Wie diesen uns allerdings keiner Täuschung hingeben, daß gerade das, was gestern im Unterhaus bekannt geworden ist, uns nicht zu Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Verhandlungen berechtigt. — Die Deutsche Tageszeitung schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: Die Welt soll von dem Ernst der Lage und der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion überzeugt werden. Also die Empfehlung einer neuen Konferenz von Genoa! Deutscher konnte die Stillhalte der englischen Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Die französische Note veröffentlicht.

Paris, 3. August. Poincaré hat gestern als Antwort auf die englischen Parlamentsklärungen die französische Note veröffentlicht, die am Montag dem englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit dem englischen Kabinett die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen. Doch ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich seit sechs Monaten der Ausführung des Versailles Vertrags widersteht, zu beenden. Die französische Regierung habe nach besten Kräften auf die verschiedenen Fragen, die ihr das englische Kabinett stellte, geantwortet. Wenn dieses weitere Fragen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Noch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der von dem Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen, nachdem sie vier Jahre lang wartete und Versuche aller Art unternahm, wirkungslos. Ultimaten stellte, sowie in eine Konferenz einwilligte, die die britische Regierung vorschlug, deren Beschlüsse noch nicht verwirklicht wären und schließlich Deutschland wiederholt Moratoria gewährt hätten.

Was den passiven Widerstand anlangt, so werde Frankreich, wenn Deutschland ihn nicht unmittelbar einstelle, an der Ruhrbesetzung verschiedene Maßnahmen vornehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Ingenieure, sowie der Wahrung des Lebens in Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wolle die französische Re-

Die Unterhausdebatte.

London, 2. Aug. In der heutigen Debatte im Unterhaus sprach außer Ministerpräsident Baldwin, die Parlamentsmitglieder Macdonald, Lloyd George und Asquith.

Nach der Erklärung Baldwin's ergriff der frühere Schatzkanzler Sir Robert Horne das Wort und erklärte, Deutschland habe sich seit dem Waffenstillstand auf Kosten der Alliierten wieder herausgemacht. Deutschland habe stets eine Politik getrieben, die auf Umgehung seiner Verpflichtungen hinzielte. Deutschland habe seine gesamten industriellen Betriebe reorganisiert. Wenn man die Reparationsverpflichtungen plötzlich auslöse, werde sich Deutschland wieder den Weltmarkt erobern und zwar mit noch größerer Aussicht, als dies vor dem Kriege bereits der Fall gewesen sei. Er

hoffe, daß die englische Regierung sich in ihrer Haltung ganz besonders von der Betrachtung jener Wirkung leiten lassen werde, die auf die Arbeitslage Englands ausgeübt werden müssen, wenn man Deutschlands Verpflichtungen zu sehr erleichtern werde. (1)

Erklärungen Baldwin's.

Ministerpräsident Baldwin ergriff in der Debatte das Wort und wies dabei alle Äußerungen, den Notenwechsel mit Frankreich sofort zu veröffentlichen, kurzerhand ab. Er erklärte jedoch, eine Fortsetzung der bisher beobachteten Passivität bedeute ein Unglück für die Zukunft und es wäre zu wünschen, daß alle Nationen sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge einigen würden. Es sei Unfug, sich darüber zu streiten, ob die englischen Staatsmänner französisch- oder deutschfreundlicher seien: Die englischen Staatsmänner handelten für Englands Interesse, für sonst nichts. Die Regierung habe endgültig die Hoffnung aufgegeben müssen, mit ihren Verbündeten gemeinsam eine Antwort an Deutschland zu senden. Auf die von anderer Seite geäußerte Befürchtung eingehend, daß Deutschland sich bald wieder der Weltmarkt erobern werde, erklärte Baldwin, er sei der Ansicht, daß die englische Regierung hoffe, daß im Gegenteil Rußland bald wieder in die Reihe der bedeutenden internationalen Märkte eintreten werde. In diesen Falle werde auch Deutschland wieder neuen Absatz finden und den Ueberfluß seiner Produktion den westlichen Märkten zur Verfügung stellen. Baldwin schloß, in England könne man wohl die französischen Beweggründe zur Ruhrbesetzung mitfühlen, aber man erwarte keinerlei Wirkung davon. Im Gegenteil glaube man, daß dadurch die Bünden Europas nur schwächer würden.

Empörung in London.

London, 3. August. Die zeitigen Erklärungen der Regierung im Parlament haben überall tiefen Eindruck gemacht. In den Wandelhallen des Unterhauses wurde aus der Stimmung über die Lage kein Geßl gemacht, insbesondere ist man über die Art und Weise empört, in der die französische und belgische Regierung die englischen Antwortentwürfe behandelt haben.

Die Berliner Presse zur englischen Regierungserklärung.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse äußert sich zu den englischen Erklärungen im Unterhaus eingehend. Die Deutsche Allgem. Zeitung misstraut den Vorschlägen und meint, daß man in ganz Deutschland die Aufforderung zur Kapitulation nicht begehren werde. — Der Sozialdemokrat, in Deutschland müsse man es als ein großes Glück betrachten, daß Poincaré den englischen Antwortentwurf für unannehmbar erklärt, denn wenn er von den Verbündeten angenommen und abgelehnt worden wäre, so würde er den von England beabsichtigten Zweck, eine friedliche Lösung der Ruhrfrage zu finden, nicht erreicht haben. — Dem Vorwärts scheint es, als wäre die gestrige Sitzung des Unterhauses nur ein Vorspiel zu weiteren wichtigen Ereignissen gewesen. — Die Kreuzzeitung ist bitter enttäuscht. Der englische Antwortentwurf komme, ohne Rücksicht auf die deutschen Interessen Frankreichs weit an die Grenze der Möglichkeit entgegen. — Westfälische Zeitung: Die deutsche Politik wird sich wohl über läßt mit der Tatsache abfinden müssen, daß England die Zeit für gekommen erachtet, bei der Lösung des Konflikts die deutschen Interessen im wesentlichen unberücksichtigt zu lassen. Umso dringender ist die Notwendigkeit, auch nach außen eine größere Aktivität zu entfalten. — Berliner Tageblatt: Wie diesen uns allerdings keiner Täuschung hingeben, daß gerade das, was gestern im Unterhaus bekannt geworden ist, uns nicht zu Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Verhandlungen berechtigt. — Die Deutsche Tageszeitung schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: Die Welt soll von dem Ernst der Lage und der Notwendigkeit einer sofortigen Aktion überzeugt werden. Also die Empfehlung einer neuen Konferenz von Genoa! Deutscher konnte die Stillhalte der englischen Politik kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Die französische Note veröffentlicht.

Paris, 3. August. Poincaré hat gestern als Antwort auf die englischen Parlamentsklärungen die französische Note veröffentlicht, die am Montag dem englischen Außenministerium übergeben wurde. Die französische Regierung erklärt sich darin zunächst bereit, sofort mit dem englischen Kabinett die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen. Doch ist sie zu der Feststellung gezwungen, daß diese Vorschläge nicht die Verpflichtung enthalten, den passiven Widerstand, durch den das Reich seit sechs Monaten der Ausführung des Versailles Vertrags widersteht, zu beenden. Die französische Regierung habe nach besten Kräften auf die verschiedenen Fragen, die ihr das englische Kabinett stellte, geantwortet. Wenn dieses weitere Fragen an sie zu richten habe, so sei sie bereit, neue Antworten zu erteilen. Noch erinnere die französische Regierung daran, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der von dem Berliner Kabinett geleisteten Zahlungen räumen, nachdem sie vier Jahre lang wartete und Versuche aller Art unternahm, wirkungslos. Ultimaten stellte, sowie in eine Konferenz einwilligte, die die britische Regierung vorschlug, deren Beschlüsse noch nicht verwirklicht wären und schließlich Deutschland wiederholt Moratoria gewährt hätten.

Was den passiven Widerstand anlangt, so werde Frankreich, wenn Deutschland ihn nicht unmittelbar einstelle, an der Ruhrbesetzung verschiedene Maßnahmen vornehmen, die mit der Sicherheit der Truppen und der Ingenieure, sowie der Wahrung des Lebens in Einklang zu bringen seien. Durch die Ruhrbesetzung wolle die französische Re-

gierung in Deutschland die Bereitwilligkeit zum Zahlen herstellen. Sie habe die Überzeugung, daß wenn die britische Regierung dem Reich einfach bekannt geben würde, daß sie eine Politik mißbilligt, die Deutschland ins Verderben stürze und Europa zu ruinieren drohe, die allgemeine Ordnung wieder hergestellt würde. Die französische Regierung stimme mit dem britischen Kabinett darin überein, daß Deutschland seinen Kredit wiederherstellen müsse, seine Währung stabilisieren, seinen Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, sowie seine Produktion fördern solle. Es handelt sich hier um Maßnahmen, welche die Verbündeten Deutschland seit 1920 erteilen. Doch wären alle diese Anforderungen vergeblich, weil der wirtschaftliche Ruin Deutschlands nicht eine Auswirkung der Ruhrbesetzung ist, sondern vom Reich selbst herbeigeführt wurde. Sichtlich des britischen Plans, durch die Verbündeten einen allgemeinen Plan zur finanziellen Leistung und demütigen Verwaltung aufstellen zu lassen, wünscht die französische Regierung zu erfahren, ob die Frage der internationalen Schulden darin einbegriffen sei.

Paris und London.

Als wichtiges Symptom der Lage kann es angesehen werden, daß der Temps trotz der Festigkeit seiner Haltung gegen die englische Regierung und trotz der Behauptung, daß Frankreich die angelegentlichste Veröffentlichung des diplomatischen Schriftwechsels nicht fürchte und sich durch keinerlei Zwang einschüchtern lassen werde, einer Verständigung mit England das Wort redet und nicht nur die englische Regierung zu überzeugen versucht, daß keinerlei Grund zu einem Abbruch der Ausdrücke vorliege, sondern sogar gewisse Konzessionen von französischer Seite in der Frage der Räumung des Ruhrgebietes in Aussicht stellt.

Das Aufstellen der beiden von Frankreich und Belgien aufgestellten Prinzipien könnten keineswegs als unüberwindliche Hindernisse für eine Verständigung angesehen werden, denn wenn Poinecaré sich auch weigere, mit Deutschland direkt zu verhandeln, so lange der passive Widerstand andauere, so habe er doch andererseits wiederholt seiner Bereitschaft Ausdruck gegeben, sich mit den Alliierten über jede Frage auszusprechen. Wenn andererseits Belgien und Frankreich das Prinzip aufgestellt hätten, daß sie die Ruhr gegen effektive deutsche Reparationen räumen würden, so müge sich doch England zunächst einmal informieren, was man in Paris und Brüssel darunter versteht. Die Diskussion werde damit wahrscheinlich auf das (vom Temps seit einiger Zeit sehr eifrig propagierte) Projekt einer progressiven Mobilisierung der deutschen Schuld übergegangen sein, welche garantiert und an den internationalen Börsen handelsfähigen deutschen Obligationen geknüpft wären. Mit dem Augenblick aber, da diese Obligationen durch die Möglichkeit der Notierung auf den internationalen Geldmärkten einen mehrfachen und mobilisierbaren Wert repräsentierten, werde man in Frankreich und Belgien nicht zögern, sie als effektive Zahlungsmittel zu betrachten.

Es ist möglich (meint der Pariser Korrespondent), daß in diesen Andeutungen des Temps ein Fingerzeig für die Möglichkeit eines Kompromisses in der Frage der Räumung der Ruhr zu erblickt ist. Mit Sicherheit wird sich das jedoch erst beurteilen lassen, wenn man weiß, wie weit dieser vom Temps wiederholt gemachte Vorschlag von den amtlichen französischen Stellen geteilt wird.

Die Politik der katholischen Volkspartei in Italien.

Rom, 1. Aug. Gestern wurde eine Sitzung des beratenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der katholischen Volkspartei abgehalten. Der Abgeordnete Grassi, Vorsitzender des Ausschusses, beantragte, daß die Partei auf dem internationalen demokratischen Kongress in Freiburg i. Br. vertreten werde, um dort die Auffassungen der Partei über die internationale Politik, die sich auf dem Gedanken des Christentums und des Friedens gegenüber den nationalstaatlichen und imperialistischen Ausbreitungen gründen, darzulegen. Sichtlich der Bedeutung des Ruhrgebietes und der Reparationsfrage betont der Ausschuss das Interesse Italiens wie ganz Europas, den Zusammenbruch Deutschlands und seinen Verfall in den Volksevidenzismus zu verhindern und es in den Stand zu setzen, die nach seiner Leistungsfähigkeit möglichen Zahlungen zu entrichten. Der Ausschuss spricht den Wunsch aus, daß dem Schreiben des Papstes entsprochen werden und die

Rahels Liebe.

Preisgekrönte Novelle von Isabelle Kaiser. (Fortsetzung.)

Der Juli verging. Keine Arien blühten mehr in Lindenhall. Die Linden öffneten jeden Morgen im grünen Laub ihre wunderbaren Eintagsaugen mit dem von Purpur und Azur gefärbten Kelch. Einmal Abends leitete Rahel den Kahn Undine nach der Gegend des Schilfrohrsäckchens. Gilbert ruderte, Ruth sah vorn im Kahn, Jara und Lieb ihre Hände im Wasser entlang gleiten. Am Gestade, wo der See moorig wurde, dehnte sich ein dichtes Feld rauschenden Rohres, wo das Schilf sich nur mit Mühe einen Durchgang erzwang. Die vom Ruder Schlag getroffenen Stiele sanken rauschend um oder schnellten wieder auf, während der Goldstaub ihrer grünen Wedel auf die Eindringlinge niederregelte. Grüne Klode waren geheimnisvoll in diese Einsamkeit gehakt, wie in einem Labyrinth nach allen Richtungen. Die einen führten nach einem stillen, von einer armen Mauer umringten Wasserpfuhl, wo das Schilf wie eine Weissharfe klang, wenn der Wind darüber strich. Rahel stand im Kahn aufrecht und leitete ihn langsam durch die dichten Reihen. Das kaum drei Fuß hohe Wasser lag spiegelhell, der Grund war von einem weichen Teppich von Seegras bedeckt. Aus dem von Moos und Algen geblühten Boden kletterten die Wasserlilien, die grünen Blätter lagen auf der Oberfläche ausbreitet, dienten oft einem

italienische Politik sich der Politik Englands annähern möge, um eine Lösung der Fragen der Besetzung und der Reparationen zu suchen.

Baden, Rhein und Ruhr.

Ans Offenbura. Offenbura, 2. August. Die Franzosen haben Stadtrat Prof. Hofner verhaftet, weil die Stadtverwaltung von Offenbura sich geweigert hat, die von den Franzosen verlangten zwei Zehntausendmobile zu stellen. Jetzt wurden von den Franzosen 2 Privatautos beschlagnahmt.

Neue Ausweisungen. Aach, 2. August. Die Franzosen haben die Ausweisung des Eisenbahnsekretärs Keller und des Komplexassistenten Brassen vollzogen. Keller mußte keine Möbel zurücklassen.

Weitere Absichten Frankreichs? Paris, 1. Aug. Das Journale Industrielle hat ein Mitglied der französisch-belgischen Ingenieurkommission im Ruhrgebiet veröffentlicht, daß die Besatzungsbehörden in diesem Monat mit dem Betrieb der Braunkohlengruben und der Fabrikation von Zigaretten beginnen würden. Darüber hinaus besprachen die Militär- und Zivilbehörden einen fertigen Plan, der die Beschlagnahme der Kohlengruben und ihrer Betriebe vorsieht. Kapital sei vorhanden. Die Studien seien abgeschlossen. In den Folgen dieser Maßnahme werde die Ausweisung der nicht tätigen Arbeiter gehören. Sollte Deutschland kapitulieren, so könnte die Produktion in vollem Umfange im Ruhrgebiet wieder aufgenommen werden.

Neue Gärung im Ruhrgebiet.

Essen, 2. Aug. Die Lage im Ruhrgebiet wird ernster. Infolge der französischen Grenzbestimmungen wird der Grenzverkehr immer mehr beschränkt. Waren kommen nur in geringen Mengen ins besetzte Gebiet. Infolgedessen haben sehr viele Geschäfte ausverkauft oder sind geschlossen. Weiterhin wirkt die ungeheuerliche Wertentwertung katastrophal. Die Preise werden täglich, wenn nicht stündlich erhöht. Die Erwerbslosen stellen immer höhere Forderungen. So verlangt der Essener Arbeitslosenrat u. a. vierstündige Arbeitszeit bei Bezahlung für acht Stunden für Notstandsarbeiten, außerdem pro Kopf der Erwerbslosen 10 Meter Semdentuch 3 Meter Anzugstoff, billige Schuhe und Bekleidung mit Kohlen, ferner Speck, Schmalz und Karottensuppe. An verdeckten Drohungen im Falle der Nichtbewilligung fehlt es nicht.

Innere Politik.

Die Goldanleihe als Goldersatz.

Aus Berlin wird uns von einem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter geschrieben: Die herbe Kritik, die an dem ursprünglichen Gold-Anleihe-Projekt der Reichsregierung geübt wurde, hat nun doch in etwa gekräftigt. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, das kleinste Ausgabenstück, das ursprünglich mit 5 Dollar vorgesehen war, nunmehr mit einem Dollar zu bezeichnen. Man hat sich weiter dazu entschlossen, nicht den bei den riesigen Bedürfnissen unserer Wirtschaft ganz lächerlich geringen Betrag von 25 Millionen Goldmark anzulegen, sondern man gibt die Anleihe ohne Begrenzung nach oben aus, und überläßt es dem Erfolg, wie viel mit ihr erzielt wird. Hier wird ein Schritt getan, den wir für gut heißen können. Das war ja die Ursache des Fiaskos der früheren Dollar-Anleihe, daß sie nur gegen Vergabe von Devisen gezeichnet und erworben werden konnte. Das private Publikum und diejenigen, die auf Sparmaßlichkeiten setzen, waren damit ohne weiteres ausgeschlossen. Die anderen aber haben diese Anleihe nicht gezeichnet. Sie war auch von ihrem geschäftlichen Standpunkte aus sehr unglücklich gewesen, denn diese Dollaranleihe konnte ja später in Papiermark an der Börse erworben werden. Die jetzige Goldanleihe soll wenigstens in etwa dazu beitragen, das riesige Papiermeer auszuwickeln. Daß mit einer solchen Anleihe, möge ihr Ergebnis auch noch so günstig werden, der Inflation wirksam gewehrt würde, ist

aber nicht anzunehmen. Notwendig zur Sicherung dieser Anleihe ist vor allem eine Garantie, die nur dann gegeben wäre, wenn sie im Zinsendienst, wie in der Gesamtheit durch wertbeständige Steuereinnahmen sichergestellt würde. Wäre das der Fall, dann könnte diese Anleihe, vor der wir nach ihrem ursprünglichen Aussehen billigkeitmäßig nur hätten warnen müssen, in der Tat als ein Geldersatz angesehen werden, als der Anfang einer neuen wertbeständigen, auf dem Dollar aufgebauten Währung.

Starke Heraussetzung des Diskontsatzes.

Berlin, 2. Aug. Der Reichsanzuschau der Reichsbank trat heute Vormittag zusammen, um Beschluß zu fassen über eine Heraussetzung des Diskontsatzes. Ein Antrag auf Erhöhung des Diskontsatzes von 18 auf 25 Prozent fand nicht die Zustimmung der führenden Großbanken und wurde deshalb vom Zentralansatz verworfen. Nachdem sich unsere Wirtschaftsverhältnisse weiter verschlechtert haben, war mit dem bisherigen Diskontsatz nicht mehr auszukommen. Mit sofortiger Wirkung ist der Diskontsatz deshalb auf 30 und der Lombardsatz auf 31 Prozent heraufgesetzt worden.

Eisenbahnfahrerhöhung für Mitte August.

Berlin, 1. August. Die mit dem heutigen Tage in Kraft getretene erhebliche Erhöhung der Eisenbahntarife wird, wie schon bei ihrer ersten Ankündigung erklärt worden ist, die erhöhten Ausgaben der Reichseisenbahnverwaltung für Löhne und Materialien bei weitem noch nicht decken. Man rechnete daher von Anfang damit, daß die Tarife am 1. September wiederum eine beträchtliche Heraussetzung erfahren würden. Wie man hört, trägt sich das Reichsverkehrsministerium mit der Absicht, diese neue Tarifherhöhung noch vor Ende August vorzunehmen, da man sich überzeugt hat, daß das bisherige Verfahren der monatlichen Anpassung der Einnahmen an die Geldentwertung bei der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr haltbar ist. Es ist also voraussichtlich schon für die zweite Hälfte dieses Monats eine neue Vertenerung des Personen- und Güterverkehrs zu erwarten.

Teuerungszuschüsse in München.

München, 2. August. Die Steigerung der Lebensmittelpreise von gestern auf heute hat die bisherige Preissteigerung weit überholt. Infolgedessen bemächtigte sich der Bevölkerung eine große Erregung. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu erregten Szenen. Eine Gruppe von Hausfrauen sammelte sich auch vor dem Innenministerium auf dem Paradeplatz, um die Aufmerksamkeit auf die Not der Bevölkerung zu lenken. Die Frauen versuchten auch später Einlass in den Landtag zu erhalten, um auch hier ihrer Mißstimmung Ausdruck zu geben.

Freigabe des Devisenhandels.

Berlin, 2. August. Die entscheidende Etappe auf dem Weg von der seitlicher betriebenen Devisenpolitik dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in wenigen Stunden überwunden sein. Die Verordnung, die die Freigabe des Devisenhandels zum Gegenstand hat, ist bereits ausgearbeitet und liegt dem Reichspräsidenten zur Unterschrift vor. Nach Unterzeichnung werden mit sofortiger Wirkung, spätestens ab morgen wieder Devisen wie vor dem 23. Juli gehandelt werden können, also, daß nicht nur die Festsetzung eines Einheitsfußes vorgenommen werden wird, sondern auch vor- und nachmittags gehandelt werden können.

Baden.

Zur Feier des Verfassungstages.

In einem besondern württembergischen Blatte war dieser Tage im Anschluß an den Erlass der württembergischen Regierung zur Feier des Verfassungstages zu lesen: „Die Reizung der Bevölkerung, in diesen Tagen ungeheuerlicher Not und wirtschaftlicher Bedrängnis feiern zu begehen, wird keine große sein und der Gedanke an die Brüder am Rhein, Ruhr und Saar ist der letzte, der die schwache Festneigung stärken könnte. Es will uns scheinen, daß man im jetzigen Augenblick auf die Anordnung allgemeiner Feiern besser verzichten sollte.“ Es heißt doch, die Anregungen sowohl der württembergischen wie der badischen und der

übrigen Länderregierungen, nicht zuletzt auch die der Reichsregierung völlig mißzuverstehen, wenn man in diesem Zusammenhang von „Feiern“ und von dem Gegenstand dieser Verfassungstagesfeier zur gegenwärtigen Not und wirtschaftlichen Bedrängnis spricht. Zweifellos was für die Regierungen bei ihren Erlassen zur Feier des Verfassungstages der Gedanke leitend, die Wiederkehr dieses denkwürdigen Tages in der Geschichte unteres Volkes zu einem Tage positiver Sammlung und festlicher Erhebung zu gestalten, zu einer feierlichen Bekräftigung und Befestigung alles dessen, was die Weimarer Verfassung für den inneren Wiederaufbau bedeutet. Daß diese beachtenswerten Absichten jedoch nicht nur alle äußeren Formen der Feiern von sich weist, die nach ihrer ganzen Art und nach ihrem Aufwand im Gegensatz zu unserer bedrängten Lage klüden, sondern mit dem Gedanken eines Volksfestes dieser Art geradezu im Widerspruch steht, vor doch wohl von vornherein selbstverständlich. Gerade die äußere Schlichtheit und die ernste Einfachheit der Feier des Tages, die nichtbedeutender als eine allgemeine Volksfeier im besten Sinne gedacht ist, wird dazu beitragen sein, die Bevölkerung in freudiger Erhebung auf die politische Bedeutung und den Zukunftswert der verfassungsmäßigen Grundlage unseres staatlichen Lebens hin zu erheben zu lassen.

Insofern ist auch die Auffassung durchaus überwiegen der Gedanke an die Brüder am Rhein, Ruhr und Saar müsse gegen eine feierliche Abhaltung des Verfassungstages sprechen, denn es steht außer Frage, daß überall, wo sich deutsche Männer und Frauen zur Verfassungstagesfeier zusammenfinden, der Schicksalsverbundenheit mit den Deutschen am Rhein, Ruhr und Saar in brüderlicher Anteilnahme gedacht werden wird.

Für die nationalen Werke, die ein berathenes Volkkenntnis der Treue zu unseren schwerelenden Volksgenossen nach außen und innen fördert, sollte man auch auf der rechten Seite des Verfassungstages bringen, wo man, anstatt, wenn es schon nicht anders geht, ruhig beiseite zu bleiben, zum Teil mit dem völlig unabwehrbaren Argument eines „anachronischen aller Not widerstrebenden Aufwands bei der Feier Stimmung zu machen versucht.“

Chronik.

Baden.

Neuhausen bei Forstheim. Der ganze Ort, besonders aber die Leute vom katholischen Jugend- und Jungmännerverein, hatten unsere tolle Freude am Jugendtag mit. Jung und alt fand sich am Morgen ein am Rande des Ackerhöfchens. Unter den Klängen der Vereinsmusik begab sich der Verein mit seinen werben Vereinsmitgliedern wie immer geschloßen zum Festgottesdienst. Als Redner für die Feier am Nachmittag hatten wir Herrn Hermann aus Forstheim. Er konnte als praktischer, judenfeindlicher Katholik und nicht weniger als tüchtiger Bankbeamter hinculden in die Schreden der heutigen Zeit. Genießen will und nicht gern der einzelne Mensch, aber sterben läßt er dafür lieber den Nachbar. Nein, da tun wir Katholiken nicht mehr mit! Wir wollen leben und denken und dann freie Menschen zu sein; ja lieber sterben und dann werden. Dem sich gemäßen und lächelnden Zweck und Mithing wollen wir nicht mit einem „Sei still und sei“ fragen, sondern talentvoll mit aufbauen helfen. Nicht soll es heißen „Gewalt vor Recht“. Alle Menschen wollen wir lieben, wie wir uns selbst lieben. Wollten uns doch noch recht viele so tüchtige Redner erleben, wie unser Herr Redner. So hoch unsere kathol. Wahrheit!

Seidelberg, 2. August.

Vom 18.-20. August findet hier eine Tagung der Bundes deutscher Zimmermeister statt. Zugleich bezieht der Verband badisch-pfälzischer Zimmermeister sein 25jähriges Jubiläum. Tauberhölsholheim, 1. August. Gestern früh halb 6 Uhr brach in der hiesigen Zweigniederlassung der Luftgarter Schmelzfabrik ein Großfeuer aus, dem die Fabrikantoren und das danebenliegende Geschäft des Fabrikdirektors in Schutz und Mitleid legte. Auch große Vorräte an Holz wurden vernichtet. Der Schaden geht in die Milliarden. Viele Arbeiter werden voraussichtlich arbeitslos.

Seidelberg, 2. August.

(Freizeit-Volksbühne.) Am vergangener Sonntag fand unter großem Zutrom die Aufführung des biblischen Dramas „Joseph und seine Brüder“ auf der freilicht-Volksbühne Seidelberg statt. Das große Interesse an diesem edlen Geschehnisse bezeugte die Anwesenheit eines Sonderzuges mit 500 Besuchern aus Dresden, Wauen und Leipzig, ferner das Erscheinen von vier großen Vereinen aus der Seidelberger Umgegend.

so entzündende Worte zu übermitteln wußte, daß seither Fliederbusch und Rosenbusch für sie daraus emporstiegen. Es war etwas von ihm, das sie tagsüber an ihre Brust, nachts unter ihrem Kissen bergen durfte...

Der Tag, der die Morgenröthe ihrer einundzwanzig Jahre verkindet, bricht an. Seit dem ersten Grauen erwartet Rahel den Briefboten. Ein breites Lachen strahlte über die hundert Faltchen des alten Briefes, als der Greis ihr an die zwanzig Briefe und Pakete überreichte. Mit feierhafter Eile überließ sie alle Adressen; sie erkannte alle Handschriften, wie die lieben Ringe von Freunden, die sich dahinter bergten. Die ungelassenen Schriftzüge armer Kinder schimmerten sich auch in den feierlichen Säulen ein. Bei jedem Brief, der durch ihre Finger gleitete, nennt sie laut den Namen — doch Erichs Name fällt nicht von ihren Lippen.

Es hieß noch abwarten: die Post kam noch einmal heute. Und dreimal leste der alte Bote Briefe und wiederum Briefe in Rahels bebende Hand — und dreimal mußten ihre Lippen den geliebten Namen, der wie ein Erbschicksel auszusprechen bereit war, zurückhalten und verschlucken. Sie hoffte bis zum nächsten Morgen. Oft trefsen noch Nachzügler ein. Alle sprachen ihr — tolle Ironie! — Glückwünsche aus, aber der einzige Name, der sie verwirklichen konnte, stand unter keiner Briefhülle...

(Fortsetzung folgt.)

modurch das Haus Die Aufführung von... fenders aber die... Dienst der Sache... die energische Spi... Verkörperers von... liegt ebenfalls in... beeinflusst, endete... fall der Aufdauer... sehen will, dem... einer Karte umf... einem lebhaften... Wahrung... wendung der in... jegliche Störung...

Baden-DoS, 3. A. Vereils haben... Adellaud des W... Stammsbögen im... Samstag und So... das 4. Gau... haben (Deutsch... Stifftungsfeier... wärtige Turner... Turner brigen di... in München zur... wart des Ganes... Turnfeier in W... anstaltung am 1... Programmen ver... beim Welt... mal die im Welt... werden. Zugleich... Betriebsleiter u... Jubiläum als V... Sashadwanden, B... Nach langer... der Gemeinde... Straßwerk a... werden. Das W... Die Zentralen... sehen. Daß bei... Wert manchen... Der Entwurf de... Büro Lüdin... auch die Bauteil...

Lebensmi
In den größ... größerer M... tüchtigen Nahrung... gebraucht und no... ungenügenden A... müssen ist die... wirtschaftsblame... dringende Auffor... der Städte in R... mieden werden... mitteln zu einer... der Bevölkerung...

Die G
Ludwigsheide... feste Gebiet... cher mit einem... H. Dieser G... lichen Antrag... (Rhein) und... Unterallierten... haben, bei der... von dem Pro... Rheinlandform... Für den Lobe... Palz und u... Rheinübergang... wird Krenan... fahrten der P... weiteres eing... in den Herd... wagen ist vor... Strecken der... zur Zeit feim...

Austrü
Berlin, 1... schen Landw... seiten der 1... Hilfe 382 A... Von über 323... bestätigten... Auf Grund d... in den letzten... gen abgehandl...

Städt.
gelangt die Op... Aufführung. G... stellungen statt... atige Eingabe... gabe. Amor... sind beschäftigt... Steffter und... Direktor Steff... merkte Müll... Operette „Wei... rung. — Mon... Operette „Die... stellung auch... U/B.

Allerlei Sch
Verlag Julius... Wer von un... nung von jeh... lichen Stügen... mit denen der... über die Menf... Sonntag und... sprich. Hier fi... Zeichnungen in... handlicher For... trachtet, erlebt... lichen Zeit u... wühlmitteln...

Städt.
gelangt die Op... Aufführung. G... stellungen statt... atige Eingabe... gabe. Amor... sind beschäftigt... Steffter und... Direktor Steff... merkte Müll... Operette „Wei... rung. — Mon... Operette „Die... stellung auch... U/B.

(Fortsetzung folgt.)

